

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1950

51 (1.3.1950)

BADISCHES VOLKSECHO

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25-01, Karlsruhe, Amalienstraße 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2396, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkzeitung für Baden

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Städt. Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227. Postscheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S. 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 51

Mittwoch, 1. März 1950

Preis 15 Pf.

Aus dem Inhalt:

Max Reimanns Rede an die Jugend

Macht den Bonner Laden dicht!

Kritik und Antwort — Eingeständnis des Bankrotts

Friedensdemonstration in Hamburg

Das Sterben für fremde Interessen darf nicht Schicksal unserer Jugend sein!

Täglich fallen 50 deutsche Jugendliche in die Hände der Werber für die Fremdenlegion

Mannheim. (B. V.) Täglich sind es zur Zeit 50 deutsche Jugendliche, die über die Werbeposten der französischen Fremdenlegion zugeführt werden. Diese Tatsache mußte das Bundesflüchtlings-Ministerium in Bonn zugeben, nachdem wenige Tage zuvor auf eine Anfrage der KPD der Bundesjustizminister erklärte, daß die Anwerbung Deutscher für fremdländischen Militärdienst nicht verboten sei. Die kommunistische Fraktion im Bundestag vertritt die Auffassung, daß das Anwerben von Deutschen für fremdländischen Militärdienst unter Strafe gestellt werden müsse. Der Justizminister aber des Separatstaates teilte mit, daß die Bundesregierung nichts gegen die Werbebüros fremder Mächte in Westdeutschland zu unternehmen beabsichtige.

Die katastrophale wirtschaftliche Lage in Westdeutschland, hervorgerufen durch die Marshallplanpolitik, den Schacher der heimischen und ausländischen Industriellen auf unserem Buckel um hohe Profite, die riesige Erwerbslosenarmee und die besondere Notlage der Jugend, sind der Boden, auf dem das Söldnerwerben für fremde Kriegsdienste gedeiht. Fünfzig Jugendliche Tag für Tag aufs neue rekrutiert in die Armeen, die das schmutzige Geschäft kolonialer Unterdrückung in Asien oder Afrika gegen die ihre Selbständigkeit ringenden Völker betreiben, sind die tägliche Anklage gegen den Zustand nationaler Zerrissenheit Deutschlands und der kolonialen Abhängigkeit des Separatstaates. Sie sind die Schande derer, die als Deutsche zu dieser Politik die Hand reichen. Als Kanonengüter für fremde Interessen geopfert zu werden, ist die einzige Zukunftsaussicht, die der berühmte Westen der Jugend zu bieten hat. Heute sind es täglich 50 junge Deutsche, die dem Ungeheuer Militarismus und Krieg erliegen, morgen sollen es die Millionenmassen unserer ganzen Jugend sein, die im Rahmen „deutscher Kontingente“, wie es Dr. Adenauer nannte, in der europäischen Angriffsarmee unter anglo-amerikanischer Führung gegen die Sowjetunion, gegen die wirklich demokratischen und friedliebenden Kräfte der Welt zu Nutz und Ehren der Kriegstreiber und Profitjäger verurteilt werden. Das ist das Ziel der Volksfeinde diesseits und jenseits des Rheins.

Gegen dieses Ziel richten sich die Kräfte, die in den Friedenskomitees sich zum Kampf formieren. Gegen dieses Ziel richtete sich die Westkonferenz der Freien Deutschen Jugend am vergangenen Sonntag in Essen. Dagegen wurde der Kampf angesagt auf der gewaltigen Kundgebung gegen koloniale Unterdrückung, gegen die Kriegstreiber, die es als Aufgabe betrachtete, gemeinsam mit allen kolonial unterdrückten Völkern und Friedenskämpfern in aller Welt die ganze Kraft für die Erhaltung des Friedens und die Befreiung von kolonialer Unterdrückung einzusetzen. Der deutschen Jugend ist ihr Ziel gegeben: Kampf für das eine Deutschland und den Frieden.

Friedens-Komitee in Hannover gebildet

Hannover. (EB) Ein Komitee der Kämpfer für den Frieden wurde von Angehörigen verschiedener politischer und überparteilicher Organisationen in Hannover gebildet. Es betrachtet die Verteidigung des Friedens als wichtigste Aufgabe der Gegenwart und hat sich zur Aufgabe gestellt, die Bevölkerung über die Auswirkungen und wahren Ziele der anglo-amerikanischen Besatzungs-Politik in Westdeutschland aufzuklären.

Im Streiflicht gesehen

Mit Flammenwerferöl gegen Polizeibeamte

Hannover. Zu einem erbitterten Kampf kam es in der Ohestraße in Hannover-Linden, als etwa 50 Polizeibeamte die dort wohnenden Schwarzhändler überprüfen wollten. Die Polizeibeamten wurden bereits beim Betreten der Straße aus den oberen Stockwerken der Häuser mit Steinen und Küchengeräten bombardiert. Als die Beamten aus einem Fenster sogar mit brennendem Flammenwerferöl begossen wurden, mußten sie sich vorübergehend zurückziehen. Erst mit Hilfe von drei über Funk herangeholten Ueberfallkommandos wurde das Widerstandsnest der Schwarzhändler gestürmt und ausgeräumt. Unter den Verhafteten befindet sich auch die „Flammenwerferin“, die eine berühmte Schwarzhändlerin sein soll. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Verletzte. Ueber 18 Zentner Kaffee und große Mengen an Zigaretten wurden sichergestellt.

Den Ehemann mit Benzin übergossen und angezündet

Düsseldorf. Eine Einwohnerin von Düsseldorf übergoß während einer Auseinandersetzung ihren betrunkenen Mann mit Benzin und steckte seine Kleider in Brand. Der Mann erlag am folgenden Tage im Krankenhaus seiner schweren Verbrennung. Die Ehefrau wurde verhaftet. Sie gab an, ihr Mann sei seit Rosenmontag ständig betrunken gewesen.

Zwei Todesopfer bei Autounfall

Braunschweig. Eine deutsche Frau und ein etwa fünfjähriger britischer Junge kamen am Montagmorgen auf der Autobahn Han-

Wieder Zusammenstöße in Eritrea

Asmara. (dpa) In Asmara, der Hauptstadt Eritreas, kam es erneut zu Zusammenstößen zwischen koptischen Christen und Moslems. Vier Christen wurden verletzt. Das Ausgangsverbot, das in der vergangenen Woche wegen fortgesetzter Ausschreitungen verhängt worden war, wurde inzwischen aufgehoben.

Prozeß gegen das deutsche Volk

Richter Bainbridge im Demontagestop-Prozeß: „Sie können sich nicht verteidigen, wie Sie wollen“ Protestbewegung muß Niederschlagung durchsetzen

Hannover. (E. B.) Im vollbesetzten großen Schwurgerichtssaal des Landgerichts Hannover fand am Montag um 10 Uhr der dritte Termin im Demontagestop-Prozeß vor dem britischen Obergericht statt. Schon zu Beginn der Verhandlung kam zur Sprache, daß der britische Verteidiger, Ralph Millner, nicht erscheinen konnte. „Es hat den Anschein“, so erklärte der Angeklagte Sterzenbach, „als ob die Anklagebehörde daran interessiert ist, daß Dr. Millner vor diesem Gericht nicht erscheint. Der Präsident hatte den 7. März vorgeschlagen und nach Vereinbarung mit den Verteidigern hatte man sich auf den 6. März vorbereitet, trotzdem wurde auf Veranlassung der Anklagebehörde der heutige Termin bestimmt.“ Schon vorher war es zu Zwischenfällen gekommen. Der Präsident verhinderte alle

Versuche der Angeklagten, ihre Interessen wahrzunehmen, durch scharfe Zurechtweisungen und Wortzug. Sterzenbach protestierte dagegen, daß ohne Zustimmung und ohne Befragen der beteiligten Angeklagten, über den Zeitpunkt des nächsten Verhandlungstermins verhandelt wird. Nach einer längeren Debatte zog sich das Gericht zurück, um nach der Pause mitzuteilen, daß die nächste Verhandlung auf den 6. März vormittags 10 Uhr, verlagert sei.

Sowohl Sterzenbach als auch Oppermann, die beide durch den britischen Anwalt Ralph Millner verteidigt werden, erklärten sich mit dem neuen Termin nicht einverstanden, da jetzt schon feststehe, daß Dr. Millner nicht erscheinen kann. Außerdem beklagte sich Sterzenbach darüber, daß die Anklage erst am 21. bzw. 22. Februar zugestellt wurde,

während sie bereits am 14. Februar ausgestellt war. Dem Angeklagten Oppermann erklärte der Richter: „Nach meiner Ansicht ist der Fall ganz klar und die Entscheidung kann dem Gericht keinen großen Schwierigkeiten bereiten.“

Unter empörten Zwischenrufen aus dem Zuschauerraum erklärte der Gerichtspräsident dem Angeklagten Holländer: „Wenn Sie sich entschlossen haben, ihre Verteidigung selbst durchzuführen, dann müssen Sie nicht glauben, daß Sie sich verteidigen können, wie Sie es wollen.“

„Ich werde mich verteidigen“, so erklärte am Schluß der Verhandlung August Holländer, „so gut ich dazu in der Lage bin und wie es dem Interesse der Sache entspricht.“

Um für Frieden zu kämpfen bedarf es keines Befehls!

Große Protestdemonstration in Pariser Vorort gegen Truppenverschickung nach Indochina

Paris. (EB) Tausende von Demonstranten protestierten vor den ehemaligen Marokkaner-Kasernen in dem Pariser Arbeiterviertel Clignancourt, als bekannt wurde, daß von dort ein Truppenkontingent nach Indochina in Marsch gesetzt werden sollte. Die gegen die Demonstranten tätlich vorgehende Polizei begegnete dem Widerstand der Menge. Bei den entstehenden Auseinandersetzungen gab es viele Verletzte, darunter nicht wenige Polizisten.

Die Pariser bürgerliche Presse benützt den Vorfall zu einer gesteigerten Hetze, sowohl gegen die Friedensdemonstrationen, wie gegen die Streikenden. Sie schreibt, daß Moskau den Befehl erteilt habe. Als ob im Kampf gegen den schmutzigen Krieg in Indochina, gegen die Atlantikpaktspolitik der Regierung Bidault es für die französischen Friedensfreunde erst noch eines Befehls bedürfte. Es sind die eigenen elementaren Lebensinteressen, die die breite Masse des französischen Volkes auf den Plan rufen. Es geht um ihr Leben, um ihre Existenz und um ihre Zukunft. Die bürgerliche Presse merkt nicht, wie sie ungewollt in ihrer Verlogenheit bei dieser Hetze sehr Wahres ausspricht. So, wenn sie davon redet, daß ein Zusammenhang zwischen dem

Kampf gegen amerikanische Waffenlieferungen, Truppenverschickungen und den Lohnstreiks der Arbeiter bestehe. Natürlich besteht dieser! Wenn die Steuern in Frankreich so unermeßlich hoch und das Reallohnkommen der Werktätigen so unendlich niedrig ist, dann ist dies verursacht durch den Indochina-Krieg und die Marshallplanhörigkeit der Regierung Bidault. Es ist dies gewiß ein nicht zu übersehender Zusammenhang.

Sie glauben nicht mehr an Zusagen De Gasperis

Landlose italienische Bauern schreiten erneut zur Selbsthilfe

Catanzaro. (dpa) Die Land- und arbeitslosen Bauern Süditaliens schritten am Montag erneut zur Selbsthilfe. Im Morgengrauen nahmen sie im Gebiet des Golfs von Tarent 20 000 ha unbestellten Bodens in Besitz, weil sie in ihrer Verblüffung nicht mehr an die Zusagen der Regierung und anderer Stellen glauben. Einer ihrer Sprecher erklärte, die örtlichen Grundbesitzer hätten seit langem schon den Bauern Land oder doch wenigstens eine Arbeitsmöglichkeit versprochen. Alle diese Versprechungen seien aber nicht gehalten worden. Versuche der Polizei, die Bauern zum Rückzug zu bewegen, sind bisher mißlungen.

Italiens Friedenspropaganda

Rom. (dpa) Italien ist augenblicklich mit Plakaten überschwemmt, auf denen für fünf Friedenspunkte Propaganda gemacht wird. Sie lauten:

1. Verbot der Atomwaffe.
2. Abrüstung.
3. Friedenspakt zwischen den Großmächten.
4. Sofortiges Ende aller den Frieden bedrohenden Auseinandersetzungen.
5. Schluß mit der Verfolgung der Friedenspartisanen.

Im Hundezwinger verbrannt

Düsseldorf. Bei Löscharbeiten an einem in Brand geratenen Hundezwinger in Norf fand die Feuerwehr in der Nacht zum Samstag neben dem Kadaver eines verbrannten Hundes eine bis zur Unkenntlichkeit verkohlte männliche Leiche. Die Mordkommission identifizierte den Toten als den 43jährigen Fritz Rotte, der mit dem Besitzer des Hundezwingers, Josef Schicken, eng befreundet war. Aus den Ermittlungen ergab sich, daß Rotte, daß Schicken seinen Freund zur Brandlegung angestiftet hat, um in den Besitz der Versicherungssumme zu gelangen. Rotte hat wahrscheinlich einige Strohhallen mit Benzin übergossen, wurde aber selbst von den Flammen erfaßt und konnte den Zwinger nicht mehr verlassen. Die Feuerwehr fand am Brandort einen Benzinanker. Schicken wurde verhaftet.

Griechischer Armeesender in die Luft geflogen

Athen. Der griechische Armeesender in Athen wurde am Montag durch eine Explosion zum Teil zerstört. Es gab keine Verletzte. Die Ursache der Explosion ist nicht bekannt.

Lebenslängliches Zuchthaus für Taximörder beantragt

Hamburg. Im Prozeß gegen die Taximörder vor dem Hamburger Schwurgericht beantragte der erste Staatsanwalt Dr. Neuenburg am Montag für alle drei Angeklagten lebenslängliches Zuchthaus.

Raubüberfall in Paris

Paris. Vier bewaffnete Banditen überfielen in Paris Boten einer Versicherungsgesellschaft, die kurz zuvor Lohngehälter von der Bank geholt hatten. Die Banditen entkamen mit drei Millionen Francs (36 000 DM). Der Vorfalle spielte sich im Herzen der Stadt vor der Lyoner Kreditbank ab. Der Überfall geschah so schnell, daß er kaum von den Passanten bemerkt wurde. (Reuter)



„Laß man, Mutter, ob so oder so — bei unsereinem rationiert ja doch die Lohntüte“

Aktionsprogramm der FDJ zeigt den Ausweg

Essen. (E. B.) Die Westkonferenz in Essen erreichte ihren Höhepunkt mit dem Demonstrationszug und der sich anschließenden Kundgebung im Zirkus Bügler. Mit einer Begeisterung, wie sie nur der Jugend zu eigen ist, begrüßten die Jugendlichen ihren Freund, Max Reimann, den Vertreter des Zentralrates der FDJ, Peter Frey, und die Fahnenträger aus allen Ländern Westdeutschlands.

In seiner Begrüßungsansprache tief Peter Frey den Jugendlichen zu:

„Eine Jugend, die keinen Berufsweg vor sich hat, keine Hoffnung, in ihrem Leben etwas zu meistern, etwas zu schaffen, wird reif für einen neuen Krieg. Den Ausweg aus diesem Chaos zeigt uns das heute angenommene Aktionsprogramm der Freien Deutschen Jugend Westdeutschlands, das auch das Programm der gesamten westdeutschen Jugend werden soll. Es kommt auf uns an, zu beweisen, daß die deutsche Jugend nicht schlechter ist als die friedliebende Jugend in der ganzen demokratischen, friedliebenden Welt (Beifall). Es genügt heute nicht mehr, den Frieden zu wollen, man muß dafür kämpfen.“

Protest der Wuppertaler Betriebsräte gegen Hedler-Urteil

Wuppertal. (dpa) Die Betriebsräte aller Wuppertaler Betriebe protestierten gegen die Freisprüche, die in den Gerichtsverfahren gegen den Bundestagsabgeordneten Wolfgang Hedler und die ehemaligen Gestapobeamt Kaufmann und Rethemeier gefällt worden sind. In einer Entschließung der Betriebsräte heißt es, die Rechtsfindung in diesen Prozessen habe das Vertrauen zur Justiz schwer erschüttert.

Die Streikwelle steigt

Paris. (EB) Der Pariser Metallarbeitersstreik wird in unverminderter Zähigkeit weitergeführt. Die Streikausdehnung in den Provinzen setzt sich fort. Die stattgefundenen Abstimmungen ergaben überall eine überwältigende Mehrheit für den Streik, so daß damit zu rechnen ist, daß die über Frankreich hinweggehende Streikwelle noch längst nicht ihren Höhepunkt erreicht hat.

Am morgigen Tag rechnet man mit dem Ausbruch eines allgemeinen Verkehrsstreiks in Paris. Bereits das erste Teilergebnat der Urabstimmung über den Streik der Untergrundbahn- und Autobusangestellten hatte das Streikbekenntnis der Mehrheit aller Beschäftigten ergeben.

Im Ministerium beschäftigt man sich damit, Maßnahmen zu treffen, die den Transport und Verkehr in Paris trotz des Streiks aufrecht erhalten sollen. Die Arbeiter haben für die Emsigkeit der Regierung nur ein Lächeln übrig, denn sie sind überzeugt, daß das Ministerium sich vergeblich Arbeit macht, und die Lahmlegung des Verkehrs nicht zu verhindern ist.

Delegierte der Friedensorganisation sind zu diesem Zweck in Rom eingetroffen

Alle Italiener, die den fünf Punkten des Friedenskomitees zustimmen, sind aufgefordert, den Kammerabgeordneten und den Senator ihres Wahlkreises zu veranlassen, sich ebenfalls für das Fünf-Punkte-Programm einzusetzen.

Eine ganze Reihe italienischer Städte und Gemeinden, darunter Genua und Bologna, haben sich durch ihre Kommunalverwaltungen feierlich zu den Friedenspunkten bekannt.

Nun doch Panzer nach Berlin?

Alarmierende Meldung aus Berlin — Sind die Panzer in Bremen verladen worden? Antwort der Jugend: Erst recht nach Berlin zum Friedenstreffen!

Hamburg. (NVZ) Unter der Überschrift „USA-Panzer führen nach Berlin — Sicherung wegen kommunistischen Pfingsttreffens“ verbreitete die Berliner Redaktion der „Hamburger Allgemeinen Zeitung“ (CDU) unlängst die alarmierende Meldung, daß zur Überraschung der Westberliner Vororte „auf der Ausfallstraße nach Wannsee und Potsdam in zwei langgestreckten Kolonnen amerikanische Panzer in die Stadt einführen.“

Damit gewinnt wieder die Meldung des Amtes für Information der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. Februar 1950 über das Eintreffen von USA-Panzern in Bremen und Bremerhaven, was allerdings für die Zeit vom 6. Dezember bis zum 3. Februar 1950 vom Hauptquartier der amerikanischen Hauptverwaltung bestritten wird, erhebliches Interesse.

Nach dieser Meldung waren in den vergangenen drei Monaten in Bremen insgesamt 674 amerikanische Panzer eingetroffen. In

einer beigefügten Liste war die genaue Zahl der jeweils an den verschiedenen Tagen ausgeladenen Fahrzeugen, detailliert nach großen und kleinen Panzern, Last- und Personenkraftwagen (für Militärzwecke) angegeben worden.

Nach dem USA-Dementi erfahren wir nun aus Kreisen der Bremer Hafenarbeiter, daß in Bremen tatsächlich Panzer eingetroffen waren.

Wir überlassen die Verantwortung für die Richtigkeit der Meldung über den Panzeraufmarsch in Berlin selbstverständlich der Redaktion der „Hamburger Allgemeinen Zeitung“. Sollte sie auf Wahrheit beruhen, dann sei daran erinnert, daß es Dr. Schumacher war, der den Ruf nach Panzern gegen das Deutschlandtreffen der Deutschen Jugend zu Pfingsten in Berlin ausstieß. Der unerschütterliche Wille der deutschen Jugend, das Pfingsttreffen zu einem gewaltigen gesamtdeutschen Friedensbekenntnis zu gestalten, wird Dr. Schumachers Pläne durchkreuzen.

Friedensdemonstration in Hamburg

Hamburg. (E.B.) Ein Demonstrationszug mit vielen Friedenstransparenten zog am Sonntagvormittag durch Altona, unter starker Beteiligung von Frauen, Müttern, Mädchen und jungen Männern. Auf dem dicht gefüllten Fischmarkt fanden die Friedenslösungen wie zum Beispiel: „Adenauer will die Wasserstoffbombe — wir wollen den Frieden“, — „Wir kämpfen für das Glück unserer Kinder“, den lebhaften Beifall der Bevölkerung. Tausende von Flugblättern wurden verteilt, in denen die Bevölkerung zur Teilnahme am internationalen Frauentag und zur Schaffung von Friedenskomitees aufgerufen wurde. „Ja, die Demonstration ist richtig, wir wollen alle den Frieden“, sagten viele. Eine Mutter, die ihren Sohn im Hitlerkrieg verloren, rief: „Jeden Tag müßte so etwas gemacht werden, damit die Herren in Bonn endlich verschwinden“. „Es ist höchste Zeit, daß wir alle geschlossen für den Frieden kämpfen“, sagte ein Arbeiter. „Soldat werden kommt für uns gar nicht in Frage, wir wollen lernen und arbeiten, uns kann man nichts mehr vom Heldenstod erzählen“, war die Antwort jugendlicher auf Adenauers Reimilitarisierungspläne. Oberbürgermeister Brauer hatte die Polizei gegen diese eindrucksvolle Friedensdemonstration mobilisiert. „Kehren Sie um, und kehren Sie nicht wieder zurück“, befahl ein Polizeinspektor. Die Demonstranten aber kümmerten sich nicht um den Befehl; die Friedensdemonstration nahm in Ruhe und Entschlossenheit ihren Verlauf.

Nationale Front in die Betriebe! Die Betriebsgruppe der KPD Deutsche Welt nimmt Stellung zum Programm der Nationalen Front

In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der Betriebsgruppe der KPD der Deutschen Welt nahm der Landesvorsitzende Willi Prinz, Hamburg, Stellung zum Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.

Ausgehend von der Bedeutung des Freundschafts- und Beistandspaktes der Sowjetunion und der Chinesischen Volksrepublik entwickelte Prinz die Aufgaben der Kommunistischen Partei, besonders die der Betriebsgruppen im Kampf um den Frieden und die nationale Unabhängigkeit. Er erklärte u. a.: „In diesem Freundschafts- und Beistandspakt wurden die Prinzipien der Lenin-stalinischen Politik in der internationalen Frage für jeden Menschen offensichtlich. Die Tatsache, daß dieser Pakt den Beweis für die Durchsetzung der Prinzipien der nationalen Unabhängigkeit, der Gleichberechtigung und der nationalen Souveränität dokumentiert, schafft neue große Möglichkeiten für die Politik und für das Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Die Arbeiterklasse muß der Kern der Nationalen Front sein und in den Betrieben im Sinne der Resolution der 14. Parteivorstandssitzung der Aktionseinheit gemäß den Programmpunkten der Nationalen Front entwickeln. Das heißt, daß in den Betrieben der Kampf gegen die doppelte Ausbeutung und um das Mitbestimmungsrecht, gegen Demontagen, gegen Kriegshetze, gegen Ruhr- und Besatzungsstatut, gegen den Adenauerkurs der verräterischen deutschen Großbourgeoisie, gegen den Antisowjetismus und für die Einheit Deutschlands geführt werden muß.“

Die Betriebe müssen die Hochburgen des nationalen Kampfes, die Festungen der Nationalen Front werden, dann wird der Kampf um die nationale Unabhängigkeit und um den Frieden siegreich sein.

Komitee Nürnberg für Deutschlandtreffen gebildet

Nürnberg. (E.B.) In einer großen Jugendversammlung in Nürnberg wurde ein Komitee zur Vorbereitung des Deutschlandtreffens gebildet. Ihm gehören unter anderem der Vorsitzende der Friedensgesellschaft Nürnberg, Paul Schröder, der Vorsitzende des Komitees für ein unabhängiges Deutschland, Rechtsanwalt Dr. Bärmann, und das Mitglied des Ausschusses für das Deutschlandtreffen, Studienprofessor Becker, sowie eine Reihe namhafter Persönlichkeiten des sportlichen, kulturellen und politischen Lebens Nürnbergs und Frankens an. Besonders stark sind an dem Ausschuss die Vertreter der Jugendlichen aller Nürnberger Großbetriebe beteiligt. In der Versammlung fiel vor allem die Anwesenheit vieler jugendlicher aus den Betrieben auf, daneben waren aber auch Schüler und Studenten zahlreich vertreten.

Als erster begrüßte Professor Becker vom Landesausschuss für das Deutschlandtreffen die Versammlung. Er sagte: „Pflanzstämme müssen es so sein, daß die Menschen erst auf der Straße fragen: „Ja, wo sind denn die Jugendlichen?“ — und dann muß die Antwort kommen: „Sie sind alle, alle nach Berlin!“ Der Vorsitzende des Aktionsausschusses für ein unabhängiges Deutschland, Rechtsanwalt Dr. Bärmann, forderte die Jugend auf, vor den Gessnern die nur so tun, als ob sie stark wären, niemals einen Schritt zurückzuweichen. Der Vorsitzende der Friedensgesellschaft Nürnberg, Oberlehrer Schröder, rief den Jugendlichen zu: „Bringen sie nicht 500 000, sondern bringen Sie eine Million deutsche Jugendliche, die noch nicht in Ihrer Organisation sind, nach Berlin, und Sie haben die größte Heiligtümer geleistet, die es heute für unser Volk zu leisten gibt!“

Die Versammlung fand ihren Abschluß mit der einstimmigen und mit großem Beifall begleiteten Annahme einer Entschliessung, in der es abschließend heißt: „In den kommenden Wochen werden wir mit allen unseren Kräften die friedliebende und patriotische Jugend unserer Heimatstadt zu einer machtvollen Bewegung für die Deutschlandtreffen mobilisieren. Es lebe der Friede! Es lebe die Freundschaft mit der Jugend der ganzen Welt! Es lebe die Einheit, Freiheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes!“

Herabsetzung des Margarinepreises gefordert

Ernährungsminister Niklas verteidigt die Profite der Monopole

Die „freie“ westdeutsche Wirtschaft wird von in- und ausländischen Monopolorganisationen beherrscht. Das gilt nicht nur für Kohle und Stahl an der Ruhr und im Industriegebiet oder z. B. für die Erdölgewinnung und -verarbeitung, wo die Herrschaft des ausländischen Kapitals so offenkundig ist, daß es sich nicht mehr lohnt, dieses zu vertuschen.

In diesen Tagen wird durch die Diskussion um den Margarinepreis wieder einmal die Monopolstellung des Unilever-Truists in der Margarineindustrie beleuchtet. Zwar reden die Margarineverbände nicht gern von der Beherrschung der Produktion durch Unilever, diesem gewaltigen Welttrust, eine britisch-holländische Gesellschaft, die 75 Prozent des europäischen und 40 Prozent des Weltmargarineverbrauchs beherrscht.

Der Margarinepreis ist zu hoch. Ein Antrag im Bundesparlament verlangt die Herabsetzung des Preises um 20 Prozent, als Ausgleich sollen die Margarineindustriellen, so verlangt es der Antrag, die notwendigen Rohstoffe für ihre Produktion zollfrei einführen dürfen. Auch die Gewerkschaften fordern die Herabsetzung des Margarine-

preises. Der Landesbezirk Nordrhein-Westfalen des Deutschen Gewerkschaftsbundes verlangt eine Preisherabsetzung um 20 Prozent mit der richtigen Begründung, daß die Gewinnspanne für den Margarinekonzern zu groß sei.

Gegen die Herabsetzung des Verkaufspreises ist vor allem der Konzern selbst, der in Westdeutschland 60 Prozent der Produktion kontrolliert, aber auch die übrige Margarineindustrie, die den hohen Margarinepreis begründen mit den erhöhten Weltmarktpreisen für ihre Rohstoffe. Der Ernährungsminister der Spalierregierung, Herr Niklas, assistiert selbstverständlich den Konzernkapitalisten. Wir lesen in dem Blatt der amerikanischen Besatzungsmacht „Die Neue Zeitung“, vom 23. Februar 1950:

„Niklas wandte sich ferner gegen die freie Margarineinfuhr. Selbst wenn das Ausland die innerdeutschen Margarinepreise im äußersten Fall um 38 Dpf. je 500 Gramm unterbieten könne, müsse die Liberalisierung wegen des erforderlichen Schutzes der deutschen Margarineindustrie unterbleiben.“

Die hohen Gewinnchancen der in- und

ausländischen Monopolherren dürfen nicht angetastet werden. Die Adenauer-Regierung kämpft mit der Großbourgeoisie gegen das deutsche Volk, wie wieder einmal durch die Diskussion um den Margarinepreis nachgewiesen wurde. Der Marshallplan-Administrator Hoffman hat ein neues Wort für die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse gewählt. Er verlangt den „Konsumverzicht“ von der westdeutschen Bevölkerung, das bedeutet eine weitere Senkung des Lebensstandards der Werktätigen. Adenauer und seine Trabanten aber haben sich vorgenommen, die Ratschläge der hohen amerikanischen Herren nicht nur zu befolgen, sondern darüber hinaus, durch die Senkung des Reallohns der Arbeiter und Angestellten, den westdeutschen Konzerngewaltigen und dem ausländischen Monopolkapital große Extraprofite zuzuschauen und durch Elend und Hunger in Westdeutschland den Boden zu lockern für die Pläne der amerikanischen Imperialisten. Die Werktätigen aber werden diese Pläne durchkreuzen und mit der Forderung nach höheren Löhnen und besseren Lebensbedingungen zugleich kämpfen für die Erhaltung des Friedens.

Macht den unren'ablen Bonner Laden dicht!

Auf unsere Kosten lebt's sich herrlich in Konrads Residenzchen

Die Bonner Separatregierung hat Finanzschwierigkeiten. Kein Wunder bei einem so kostspieligen Bundestags-Haushalt. Allein in fünf Monaten, vom 7. November 1949 bis 31. März 1950, verausgabte der Bundestag 10 395 000 Mark. Da werden 1,7 Millionen Mark den Abgeordneten an Diäten und 1,5 Millionen Mark an Fahrtkosten gezahlt. An Aufwandsentschädigung für die Präsidenten und Abgeordneten des Bundestags müssen insgesamt 2,55 Millionen Mark aufgebracht werden, d. h. pro Abgeordneten monatlich 600 Mark außer den Diäten. Dazu kommt noch ein fester Unkostenbeitrag von 100 Mark. Das ist aber noch nicht alles, auch die Unkosten bis zu 200 Mark monatlich werden den Abgeordneten gegen Belege zurückerstattet. Obendrein gibt es Zuschüsse für die Fraktionen in Höhe von 200 000 Mark.

Es lebt sich also herrlich und in Freu-

den in Konrads Residenzchen. Für die Hilfskräfte des Bundestages werden 1,4 Millionen Mark für Löhne und Gehälter ausbezahlt, womit nicht gesagt ist, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten zu noch bezahlt würden. Der Unterhalt des „Hohen Hauses“, der Maschinen, Fernsprechanlagen und Bücherei, verschlingt die Kleinigkeit von 1,5 Millionen Mark. Damit auch die Limousinen der Abgeordneten eine würdige Unterkunft finden, wird für 180 Wagen eine Garage gebaut, die 650 000 Mark kostet. Und damit ja keiner der Abgeordneten des ärmsten Volkes zu laufen braucht, werden noch 15 Kraftfahrzeuge für 90 000 Mark angeschafft. Diese Dinge fallen unter einmalige Ausgaben, wofür 1,14 Millionen Mark vorgesehen sind — falls nicht etwas an der vollkommenen Bequemlichkeit für Konrads Gefolgschaft fehlen sollte, und bis zum 31. März beschafft werden muß.

Diesen Ausgaben von über 10 Millionen Mark stehen Einnahmen von 28 200 gegenüber.

Die westdeutsche Bevölkerung muß also feststellen, daß die ganze Bonner Sache nichts einbringt, sondern nur höhere Belastung der werktätigen Steuerzahler mit sich bringt.

Es ist das beste, wir ersparen uns diese sinnlose Ausgabe, machen den Bonner Laden dicht, und erkämpfen uns eine einzige Regierung in einem einheitlichen demokratischen Deutschland. Mit allen wahren deutschen Patrioten werden wir eine solche Regierung, einen gerechten Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungstruppen verwirklichen, die das deutsche Volk frei von Verschuldung zum Wohlstand für alle führen kann. Das ist auch wirksamer Kampf für den Frieden.

Kritik und Antwort - Eingeständnis des Bankrotts

Die Sorgen der Herren und ihrer Diener in der Kolonie Westdeutschland

Bonn. (E.B.) Die Antwort des Kabinetts Adenauer auf die Kritik der Hohen Kommissare an der westdeutschen Wirtschaftspolitik soll jetzt fertiggestellt sein und sofort der Hohen Kommission zugeleitet werden, wurde von amtlicher Seite in Bonn erklärt. In der Antwort wird die Währungsreform, die hohen Besatzungskosten, die Behinderung des Außenhandels, die Milliardenzahlungen für die Soforthilfe, die Flüchtlingsströme und das Investitionsproblem als Grund für die katastrophale Wirtschaftslage

Westdeutschlands angeführt. Daß die Antwort bereits in ihren Grundzügen der amerikanischen Nachrichtenagentur United Press bekannt ist und von ihr veröffentlicht wurde, ist von amerikanischer Seite bemängelt worden.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben einige Behörden der Bundesregierung Fälle ausgetrütet, die jedoch nicht als brauchbare Unterlagen verwendet werden könnten, weil sie die vorgesehenen Summen überschritten hätten.

Die Hohe Kommission wird sich heute mit der deutschen Antwort auf ihr Alde-Memoire befassen und am Donnerstag mit Dr. Adenauer darüber sprechen.

Geben und wieder nehmen

Der Finanzminister und der Treibstoffpreis

Bonn. (E.B.) Finanzminister Dr. Schäffer teilte dem Bundestag mit, er könne der Herabsetzung der Treibstoffpreise auf 53 Pfennig für Benzin und 38 Pfennig für Dieseltreibstoff nur unter der Voraussetzung zustimmen, wenn eine Treibstoffsteuer in Höhe von sieben Pfennig eingeführt werde. Der Finanzminister hat die Fraktionen der Regierungspartei um Vorschläge neuer Einnahmequellen gebeten. Dr. Schäffer hofft, daß diese Parteien auf die Frage keine Antwort finden, damit sie einstimmig mit der Aufhebung der Preisvergrößerung für die bisher begünstigten Verbrauchergruppen einverstanden sind.

Es bestehen bisher keine Anzeichen dafür, daß, wie ursprünglich geplant, die Treibstoffpreiserhöhung zum 1. März rückgängig gemacht wird.

Heeresmaterial darf nicht produziert werden

Brose-Coburg liefert für die britische Besatzungsmacht

Coburg. (E.B.) Das Metallwerk Max Brose & Co. stellte bereits vor und während des zweiten Weltkrieges Kanister für die Hitlerarmee her. Herr Brose konnte die Spezialausrüstung für die Herstellung der Kanister über die Nachkriegsjahre herüberretten und hat sogar noch 200 000 Spezialverschlüsse für Kanister in seinem Keller liegen. Heute liefert die Firma die gleichen Ka-

nister, wie einst für Hitler, an die englische Rheinarmee.

In ihrem Kommentar zu dieser Nachricht schreibt die „Nordbayrische Volkszeitung“: „Wir fordern die Belegschaft und die gesamte Arbeiterschaft Coburgs auf, die Einstellung dieser Produktion zu verlangen. Wir wollen nicht mithelfen an der Vorbereitung des dritten Weltkrieges, der zum Untergang Deutschlands führen müßte.“

Wohnungsbau für wen?

Die Regierung werde bei der Förderung des privaten Wohnungsbau langsam und vorsichtig vorgehen. („Frankfurter Neue Presse“ vom 25. 2. 1950.)

Es bedurfte nicht dieser Worte Adenauers. Die unsoziale Bonner Wirtschaft hat jeder Bombengeschädigte oder Flüchtling in menschenunwürdiger Behausung längst bitter-schwer erfahren.

Natürlich, die Bonner Separatregierung entwickelt ein unheimliches Tempo nur in ihrer Katastrophenpolitik — Arbeitslosigkeit und Krise — und beim Bezahlen von Besatzungskosten.

Adenauers Versprechen: „Die Regierung werde auch im kommenden Jahre alles nur Mögliche an finanziellen Mitteln dem Wohnungsbau zuführen“. („Neue Zeitung“ vom 25. 2. 1950) bezog sich wohl auf den Bau der Wohnsiedlungen für Beamte und Offiziere der Besatzungsmächte. Denn dieser Wohnungsbau macht wirklich gute Fortschritte. In Königswinter werden Rebenhänge in Baugrundstücke verwandelt, damit Beamte der Hochkommission 60 Einzelhäuser mit 6 bis 8 Räumen und je 4000 qm Garten (!) erhalten können, und für ausländische Journalisten ordnete Herr Adenauer den kurzfristigen Bau von Einfamilienhäusern an.

Der Bau der Wohnsiedlungen für Beamte der Oberkommission in Frankfurt wurde vorläufig zurückgestellt. Politische Berater McCloy's drängen auf Ubersiedlung der amerikanischen Oberkommission nach Bonn.

Der stellvertretende Oberkommissar Buttenwieser erklärte hierzu, daß von verschiedenen Beamten des öfteren Klagen über beschwerliche Autofahrten nach Bonn geäußert worden seien. („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ v. 23. 2. 1950.)

Die Kosten für die Ubersiedlung werden zwischen 100 und 300 Millionen DM geschätzt; selbstverständlich als Besatzungskosten vom Volke aufzubringen.

Wieviel Wohnungen für Deutsche könnten allein mit dieser Summe gebaut werden? Eine ganze Stadt wäre lediglich mit den Umsiedlungskosten einer einzigen Besat-

zungsteile zu errichten. Genau 8500 bis 25 000 Wohneinheiten vom 50 qm (Wohnraum mit Kochnische, Elternschlafzimmer und Kinderschlafzimmer), wenn 12 000 DM Baukosten pro Wohneinheit zu Grunde gelegt werden, würden neu erbaut werden können. Aber das steht nicht im „Wohnungsbauprogramm“ der besatzungshörigen Bonner Separatregierung.

Die Forderungen der Nationalen Front sind: Einheit Deutschlands, gerechter Friedensvertrag und Abzug aller Besatzungstruppen. Dann zahlen wir keine Besatzungskosten mehr und Milliarden Mark können in den sozialen Wohnungsbau gesteckt werden. Das ist der Weg, um Wohnungseld und Finanzierungsschwierigkeiten zu überwinden. W. F. C.

Dr. Kogon wollte Ausschluß zuvorkommen

Der Landesvorstand der VVN Hessen teilt mit: „Dr. Eugen Kogon, dem im Rahmen eines gegen ihn laufenden Ausschlußverfahrens aus der VVN wegen seiner Beziehungen zu Franz von Papen die Auflage gegeben worden war, seine Erklärung durch Vorlegen von Beweismaterial zu untermauern, erklärte statt dessen seinen Austritt aus der VVN.“

Dimitroff-Straße in Berlin

Berlin. (Eig. Ber.) Zehntausende Berliner Werktätiger nahmen an der Umbenennung des Straßenzuges Danziger-Elbinger-Straße in Dimitroff-Straße teil. Die Umbenennung wurde in feierlicher Form durch Oberbürgermeister Ebert vorgenommen. Ihr wohnten als Ehngäste der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, Ministerpräsident Otto Grotewohl und sämtliche Chefs der diplomatischen Vertretungen bei der Deutschen Demokratischen Republik, an ihrer Spitze der außerordentliche und bevollmächtigte Botschafter der UdSSR, Puschkin, bei. Staatssekretär Anton Ackermann würdigte die Persönlichkeit Georgij Dimitroffs, sein Leben und sein Werk.

Arbeiter werden Ingenieure

Leipzig. (Eig. Ber.) Die „Zentrale Energie-Betriebsfachschule beim Ministerium für Industrie“ wurde am Sonntag in Leipzig-Markleeberg eröffnet. Mit dieser Fachschule ist zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Energie-Wirtschaft gebagten Arbeitern die Möglichkeit gegeben, sich kostenlos zu Spezialisten für die Verteiler- und Produktions-Betriebe der Energie-Wirtschaft auszubilden. An den ersten beiden Lehrgängen nehmen 55 Arbeiter der Energie-Wirtschaft teil, von denen nach sechs Monaten 27 die Gaswerk-Meister- und 28 die Kraftwerk-Meisterprüfung ablegen. Der Lehrgang für Meister umfaßt ein Semester, der Techniker drei und der Ingenieur-Lehrgang sechs Semester.

Pressestimmen

Amerikas Position ist schwach geworden

Ob sie es so meinten oder nicht, der Eindruck, den Trumans und Achesons Pressekonferenzen hinterließen (in denen sie den Bau der Wasserstoffbomben ankündigten, d. Red.), war der, daß sie die Türe zugeschlagen haben. Sowohl der Präsident als auch Mr. Acheson erkannten nicht, daß sie, wenn sie nicht für ihre eigene Führung besorgt sind, sie die Führerschaft der öffentlichen Meinung verlieren werden.

Es scheint mir, daß Mr. Acheson bei seiner allgemeinen Theorie recht hat, daß er nur in einer starken Lage erfolgreich verhandeln kann. Ich gewinne aber den Eindruck, von dem ich hoffe, daß er falsch ist, daß er nicht alle Grundlagen, die eine Situation stark oder schwach machen, gründlich geprüft hat. Im Falle der Atomenergie macht man seine Lage nicht stark, sondern sehr schwach, wenn man den Eindruck erweckt, daß die im Jahre 1948 zurückgewiesenen Vorschläge alles sind, was wir im Jahre 1950 bieten können.

Mr. Acheson wäre stärker, beim amerikanischen Volk, bei unseren europäischen Alliierten und er wäre nicht um einen Deut schwächer in Moskau, wenn er das Selbstvertrauen und den Mut besitzen würde, die Vorschläge zu überprüfen. Als man von den Burbonenkönigen sagte, daß sie nichts lernten und nichts

Mord ist Mord!

Mannheim. Bei der westdeutschen Justiz ist es Brauch geworden, Prozesse, die die Vergasungsaktionen während der Hitlerherrschaft zum Gegenstand haben, kurzweg als „Euthanasie-Prozesse“ zu bezeichnen. Die gesamte Presse bedient sich in ihren Berichten des gleichen Begriffes. Aus einer der furchtbarsten Seiten des Hitlerregimes wird auf diese Weise eine harmlose Angelegenheit. Dem „Euthanasietod“ in den Gaskammern sind Millionen Juden und politische Gegner Hitlers, aber auch der größte Teil der Insassen von Altersheimen und der Heil- und Pflegeanstalten zum Opfer gefallen. Das war im einen wie im anderen Fall millionenfacher Mord, ihr Herren Richter in Westdeutschland und ihr Schreiber der Presse!

Daß man Massenmord geflissentlich nicht mehr als Massenmord bezeichnet, sondern als „Euthanasietod“, liegt auf der Linie der so allgemein wieder üblich werdenden Glorifizierung des Nazismus und ist eines der ideologischen Mittel zur neofaschistischen Durchdringung der öffentlichen Meinung. Es ist aber auch die Kulisse, die errichtet wird, um zu freisprechenden Urteilen für die an den Vergasungen beteiligten Aerzte zu kommen.

So wurden im „Euthanasie-Prozess“ vor dem Nürnberger Schwurgericht die beiden Aerzte Dr. Wilhelm Einzle und Dr. Stefan Murar der Heil- und Pflegeanstalt Erlangen, denen die Auswahl von mindestens 600 Vergasungskandidaten nachgewiesen war, freigesprochen. Wir fügen der Vollständigkeit halber hinzu, daß die zur Vergasung ausgewählten Opfer der Erlanger Kreis- und Pflegeanstalt in denselben Gasöfen den Tod fanden, wo von 1941 ab zehntausende Häftlinge des KZs Dachau, Junge und Alte, Deutsche und Ausländer gleichfalls ihr Leben lassen mußten.

Zwischen dem Freispruch des Neofaschisten Hedler und den freisprechenden Urteilen in „Euthanasie-Prozessen“ besteht ein inniger Zusammenhang. Dieser liegt offen, wenn man die Frage beantwortet: Was haben die gleichen Richter, die heute freisprechende Urteile fällen, im Dritten Reich getan? Und wessen Geistes Kind sind sie politisch gesehen? —!

Wie abgefeimt gemordet wurde

Bremen. (dpa.) Der Bremer Staatsanwalt ist es nach fünfjährigen Ermittlungen gelungen, einen Mord aufzuklären, der kurz vor der Kapitulation am 16. April 1945 in der Nähe von Worswede auf einem Luftwaffenfreizeitort verübt wurde. Im Zusammenhang mit dieser Tat wurde der ehemalige Oberleutnant von Steegen, der ehemalige Leutnant Jacobs und der ehemalige Oberfeldwebel Lachmuth vor einiger Zeit festgenommen.

Nach der Anklageschrift soll Jacobi Anstifter zu diesem Mord gewesen sein. Der Getötete hat angeblich im Verdacht gestanden, Agent einer feindlichen Macht zu sein. Der Oberfeldwebel ist geständig, nach Vortäuschen eines Fliegeralarms mit einer Maschinenpistole die Tat ausgeführt zu haben. Der Oberleutnant meldete dann seinem Kommandeur, daß der Gefreite auf der Flucht erschossen worden sei. Der Fall kommt Anfang April vor das Bremer Schwurgericht.

Die Auftraggeber von Westerling

Djarkarta. (E.B.) Der Mörder von Indonesien, der frühere holländische Hauptmann Westerling, genoß bei seinen Unternehmungen gegen die indonesische Regierung die Unterstützung des holländischen Militärs. Bekanntlich hatte er mit seiner Privatarmee, den „himmlischen Heerscharen“, vor einiger Zeit Bantung eingenommen und auch zeitweilig Djarkarta besetzt. Seine Verhaftung durch die britischen Behörden in Singapur erfolgte, nachdem er mit einem Wasserflugzeug der holländischen Armee vor der malaischen Küste gelandet war, um sich dann nach Singapur zu Waffeneinkäufen größeren Stils zu begeben, um noch besser den Zielen des holländischen Kolonialimperialismus in Indonesien „gerecht“ werden zu können. Die holländische Regierung wächst aber weiter ihre Hände in Unschuld.

Labourmehrheit auf sieben abgesunken

London. Der Vorsprung der Labour Party vor den übrigen Parteien im Unterhaus ist nach Bekanntwerden des Ergebnisses am dem-schottischen Wahlbezirk Inverness am Montag nachmittag auf 7 abgesunken. In Inverness konnte sich der konservative Kandidat durchsetzen, so daß sich nunmehr folgender Stand der Parteien ergibt: Labour 315, Konservative 296, Liberale 9, Unabhängige (Irische Nationalisten) 2, Unabhängige Liberale 1, Sprecher 1. Es steht jetzt nur noch das Resultat aus dem Wahlkreis Moß Side bei Manchester aus. Dort wird erst am 9. März gewählt, weil der konservative Kandidat während des Wahlkampfes gestorben ist. (Reuter.)

Jugend muß um den Frieden kämpfen

Rede Max Reimanns auf der Jugend-Kundgebung in Essen am 26. Februar 1950

Wir ihr bereits erfahren habt, haben die Besatzungsmächte den Vertretern der Jugend Vietnams und Frankreichs, die auf dieser Kundgebung das Wort ergreifen sollten, die Einreise nach Westdeutschland verboten. Eine Kundgebung, die in Mainz stattfinden sollte, wurde von der französischen Militärregierung überhaupt verboten, während in anderen Städten Westdeutschlands den Veranstaltern der Jugendkundgebungen Schwierigkeiten bereitet wurden. Das ist bezeichnend für die Verhältnisse, unter denen wir hier leben müssen. Weshalb wurden den Vertretern der Jugend Vietnams und Frankreichs die Einreise verboten? Welche „Gefahren“ wollten die Besatzungsmächte damit verhindern?

Was hätte der Vertreter Vietnams berichtet?

Der Vertreter der Jugend Vietnams hätte Euch sicherlich von dem großen Befreiungskampf seines Volkes gegen die französische Kolonialherrschaft berichtet. Er hätte Euch erzählt, daß Vietnam ein sehr reiches und fruchtbares Land ist mit großen Bodenschätzen, daß aber die Bevölkerung dieses reichen Landes ein elendes, menschenunwürdiges Leben unter der Kolonialherrschaft führen mußte, weil fremde Herren die Reichtümer des Landes sich aneigneten und so das Volk zwangen,

ein Leben in Hunger, Elend und Arbeitssklaverei

zu führen. Er hätte geschildert, wie die Kolonialherren verächtlich auf das Volk Vietnams herabschauen, wie das Volk geschlagen und getreten und als Menschen dritter Klasse behandelt wurde. Diese Schilderungen des Vertreters Vietnams würde in Euch Abscheu und Haß gegen das Kolonialregime ausgelöst haben, so daß ihr Euch

geschworen hättet, alle Eure Kräfte darzusetzen, daß die Bevölkerung Westdeutschlands, die heute schon gezwungen ist, unter einem kolonialen Regime zu leben, solchen Lebensbedingungen nicht unterworfen wird, sondern durch die Schaffung einer einheitlichen deutschen demokratischen Republik seine Unabhängigkeit und sein Selbstbestimmungsrecht zurückerlangt.

Der Vertreter der Jugend Vietnams hätte Euch aber auch vom heldenhaften Befreiungskampf des Volkes und vor allen Dingen der Jugend gegen das Kolonialjoch und für die nationale Befreiung berichtet. Der gewaltige Sieg des großen chinesischen Volkes über seine in- und ausländischen Unterdrücker hat dem

Befreiungskampf der Kolonialvölker einen gewaltigen Auftrieb gegeben. In fassungslosem Schrecken stehen die anglo-amerikanischen und französischen Imperialisten dieser Tatsache gegenüber. Da die Arbeiter- und Bauernsöhne Frankreichs kein Interesse daran haben, ihr Leben und ihre Gesundheit in den Urwäldern und Sümpfen, auf den Reisfeldern und Plantagen Vietnams für die Interessen der Kolonialherren zu opfern, wurden zehntausende junger Deutscher unter falschen Versprechungen und aus der Not der Kriegsgefangenenlager in die Fremdenlegion gesteckt. Heute wird die soziale Notlage der westdeutschen Jugend, wird die Arbeitslosigkeit durch Werber und Agenten ausgenutzt, um verzweifelte junge Menschen in die Fremdenlegion zu locken.

Der Vertreter der Jugend Vietnams hätte Euch geschildert, wie sehr bald die leeren Versprechungen der Werber von dem grausamen Leben in den Ausbildungshöhlen, in den Strafenheiten der Fremdenlegion und

im furchtbaren Kolonialkrieg abgelöst werden. Er hätte Euch gezeigt, daß die **Fremdenlegion bedeutet baldiger Tod oder Siechtum**

an Fieberkrankheiten in den Tropen. Er hätte Euch aufgerufen, Euer Leben und Eure Gesundheit nicht für die ungerechte Sache ausländischer Kolonialherren zu opfern, sondern Eure ganze Begeisterungsfähigkeit, Euren ganzen jugendlichen Elan einzusetzen im Befreiungskampf Eures eigenen Volkes gegen den anglo-amerikanischen Imperialismus für die Einheit und Unabhängigkeit Eures Vaterlandes.

Der Vertreter der französischen Jugend hätte Euch berichtet, daß die französischen Werktätigen keine Vorteile von der Ausbeutung des Volkes Vietnams durch die französischen Kolonialherren genießen, sondern im Gegenteil nur die Lasten des Kolonialkrieges tragen müssen. Der Vertreter der französischen Jugend würde Euch berichtet haben, daß

die Werktätigen Frankreichs und das Volk Vietnams im gemeinsamen Kampf

stehen, dem Kampf gegen ihre gemeinsamen Ausbeuter und Unterdrücker, im Kampf gegen die französischen Bankiers und Monopolherren, die ebenso den Bergarbeiter von Lille, den Metallarbeiter von Paris wie den Reisbauern, den Plantagen- und Bergarbeiter in Vietnam ausbeuten. Darum kämpfen die französischen Werktätigen auch gegen den, wie sie sagen, schmutzigen Krieg in Vietnam. Darum haben die französischen Arbeiter in Nizza, mit Brechtang bewaffnet, den Polizeikordon durchbrochen und das Kriegsmaterial in den Hafen geworfen. Darum haben sie in Marseille sich geweigert, die Schiffe mit Kriegsmaterial für Indochina zu beladen.

Der deutschen Jugend droht noch eine größere Gefahr

Weil die Kolonialherren in Westdeutschland nicht wollen, daß die deutsche Jugend von diesem Kampf der Jugend Vietnams und der französischen Jugend erfährt, weil sie nicht wollen, daß die deutsche Jugend sich an diesem nationalen Befreiungskampf der Jugend Vietnams ein Beispiel nimmt, darum haben sie dem französischen Delegierten wie dem Vertreter der Jugend Vietnams die Einreise verweigert. Die Kolonialherren in Westdeutschland und ihre Handlungshelfer in der Bonner Regierung fürchten, daß die deutsche Jugend

die Wahrheit über die Entwicklung in der Welt

erfährt. Denn der deutsche Junge, der durchdrungen ist vom Willen, von der Bereitschaft für die Zukunft des deutschen Volkes zu arbeiten, für seine Unabhängigkeit und sein Selbstbestimmungsrecht einzutreten, kann weder für eine französische noch für eine amerikanische Fremdenlegion mißbraucht werden.

Ich sprach eben von den Werbern und Agenten, die in Westdeutschland ihr Unwesen treiben und für die französische Fremdenlegion Kanonenfutter anwerben. So unwürdig es für ein Volk auch ist, diesem Treiben im eigenen Land zusehen zu müssen, so droht der deutschen Jugend und dem deutschen Volke noch eine größere Gefahr durch die von Dr. Adenauer im Auftrage der anglo-amerikanischen Imperialisten beabsichtigte Remilitarisierung. Die Herren der Kohlengruben und Stahlwerke an der Ruhr, die Kanonenkönige, waren schon immer aufs engste mit den preußischen Militaristen verbunden, denn die Aufrüstung gab den Großkapitalisten gewinnbringende Aufträge auf Kosten des Volkes und zudem waren die preußischen Generale ein brauchbarer Verbündeter im Kampf um die Welt Herrschaftspläne und gegen das eigene Volk.

Dr. Adenauer hat nicht nur sehr enge Beziehungen zum reichsten Mann Deutsch-

lands, dem Bankier Pferdmezingen, er hat nicht nur die engsten Beziehungen zum „Komitee des Forges“, der Vereinigung der französischen Kanonenkönige, sondern er hat auch wieder seine freundschaftlichen Gefühle zu den preußischen Generalen entdeckt. Diese preußischen Generale dünken sich

Spezialisten im Ritt gegen den Osten

zu sein. Der zweite Weltkrieg aber hat bewiesen, daß sie sehr schlechte Reiter sind. Sie betrachteten das Volk als das Pferd, das sie zu tragen hat und nach ihrer Pfeife tanzen soll. In zwei Weltkriegen haben sie ihre Haut heil nach Hause gebracht, während das Volk Millionen Tote, Millionen Kriegsversehrte, riesiges Elend erleiden mußte. Nach dem ersten Weltkriege ist es ihnen in ganz Deutschland, und nach dem zweiten Weltkriege im Westen Deutschlands mit anglo-amerikanischer Hilfe gelungen, die Lasten des Krieges auf die werktätigen Massen abzuwälzen und ihre Herrschaft wieder zu errichten.

Noch ist das Elend, noch sind die Leiden des zweiten Weltkrieges nicht vergessen,

und schon denken diese Generale daran, unter dem Oberkommando der anglo-amerikanischen Imperialisten das deutsche Volk und insbesondere die deutsche Jugend in einen dritten Weltkrieg hineinzutreiben. Zur Verwirklichung dieser Pläne haben sich die Generale unter der Führung von Manteuffels mit der Adenauer-Regierung verbunden. Als erste Frucht dieses Bündnisses haben sie ihre Generalspensionen eingebracht, während die Opfer ihrer verbrecherischen Kriegspolitik, die im zweiten Weltkrieg ihre Gesundheit, ihre Arme und Beine verloren, Elend und Hunger leiden und an den Straßen betteln müssen, weil die Adenauer-Regierung die von der kommunistischen Bundestagsfraktion geforderten Renten verweigert. Dieselben Generale und Minister wagen es aber, zu ihren Opfern vom Dank des Vaterlandes zu reden.

erzielt ungeahnte Erfolge. Diese Jugend weiß, daß ihr die Betriebe gehören, daß sie für sich selbst arbeitet und daß der neue demokratische Staat ihnen gehört. Sie weiß, daß an der Spitze dieses Staates Männer stehen, die aus der Arbeiterklasse, aus dem werktätigen Volk hervorgegangen sind und die darum auch die Interessen des Volkes, die Interessen der Jugend wahren.

Die Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik weiß und sieht es täglich, daß ihr bester Freund und Helfer das erste sozialistische Land, die große Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist.

Die Sowjetunion steht an der Spitze des Kampfes für den Frieden.

In ihrer Außenpolitik fordert sie die Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der Völ-

ker. Darum erhob sie auch durch ihren großen Führer Stalin die Forderung auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, auf baldigen Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug aller Besatzungstruppen.

Diese drei Forderungen entsprechen den nationalen Interessen unseres gesamten Volkes. Nur wenn diese drei Forderungen verwirklicht sind, ist die Zukunft unseres Volkes und damit die Zukunft der deutschen Jugend gesichert. Darum sind diese drei Forderungen auch die

Grundforderungen der Nationalen Front

des demokratischen Deutschlands. Die Bildung einer großen nationalen Front des demokratischen Deutschland, die alle wahrhaft patriotischen Kräfte auch im Westen unserer Heimat umfaßt, ist die einzige Garantie für die Sicherung der Existenz unserer Nation. Die Jugend muß darum auch in der ersten Reihe der Nationalen Front im Kampf für die Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes stehen. Im Programm der Nationalen Front sind auch die besonderen Forderungen der Jugend aufgenommen. In diesem Programm ist der Remilitarisierung der schärfste Kampf angesagt. Die dritte Forderung dieses Programms lautet:

„Kampf gegen die Aufstellung einer deutschen Söldnerarmee, gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands, gegen seine Einbeziehung in den Atlantik-Kriegspakt und Europarat.“

Ueber die Aufgaben der Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland heißt es im Programm u. a.:

„Die Führung eines einheitlichen Kampfes gegen die Aufstellung einer Söldnerarmee, gegen die Einreihung zehntausender junger Menschen in die Fremdenlegion, durch weitestgehende Aufklärung der Jugend, damit sie es ablehnt, im Interesse ausländischer Imperialisten ihr Blut auf den Schlachtfeldern gegen demokratische Völker zu vergießen.“

Die deutsche Jugend muß erkennen, daß ihr Leben nur gesichert werden kann im Kampf gegen die Kriegspläne und gegen die Kolonisierungspolitik des anglo-amerikanischen Imperialismus in Westdeutschland, der hierbei die Unterstützung der deutschen Imperialisten hat. Das Leben und die Zukunft der deutschen Jugend kann nur in einer gesamtdeutschen unabhängigen, friedliebenden demokratischen Republik gesichert werden.

Die deutsche Jugend zeigt ihre Friedensliebe und ihre Bereitschaft für die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands zu kämpfen beim

Otto-Grotewohl-Aufgebot

Die FDJ Sachsen beschloß zum Dank für das in der DDR geschaffene Gesetz zur Förderung der Jugend in der Zeit vom 1. bis 10. März ein Otto-Grotewohl-Aufgebot durchzuführen. Im Rahmen dieses Aufgebots sollen 25 000 neue FDJ-Mitglieder, 20 000 Mitglieder für die demokratische Sportbewegung und 25 000 weitere junge Pioniere — 70 000 junge Friedenskämpfer — geworben werden. Der bei der Werbung am besten abschneidende Kreisverband wird die Ergebnisse des Aufgebots und die Größe der sächsischen Jugend am 11. März dem Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, als Geburtstagsgeschenk überbringen.

Deutschlandtreffen der Jugend Pfingsten in Berlin.

Hier werden hunderttausende Jugendlicher bei Sportveranstaltungen, Spielen und Massendemonstrationen ihre Verbundenheit mit dem Kampf für die Interessen unserer Nation unter Beweis stellen. Dieser Aufmarsch hunderttausender junger Menschen wird die Kampfbereitschaft der deutschen Jugend im Kampf um den Frieden und eine einheitliche deutsche demokratische Republik zum Ausdruck bringen. Auch aus dem Westen unserer Heimat werden zehntausende Jungen und Mädchen zum Deutschlandtreffen nach Berlin fahren. In Berlin werden sie Gelegenheit haben, mit ihren Kameraden aus Sachsen, Thüringen, Mecklenburg und Berlin zu sprechen und sich so ein wahrheitsgetreues Bild von der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik zu machen. Dieses wahrheitsgetreue Bild ist es, das gewisse Politiker, die sich deutsche Politiker nennen, hier in Westdeutschland fürchten. Darum wollen sie durch die Verbreitung von Greuelmärchen und durch den Schrei nach ausländischen Panzern die westdeutsche Jugend von der Fahrt nach Berlin abschrecken.

Aber ich weiß, daß unsere Jugend sich nicht abschrecken läßt. Ich weiß, daß sie kein Opfer der hier in Westdeutschland verbreiteten Ami-Märchen wird. Sie wird keine Hindernisse und keine Schwierigkeiten scheuen, und allen Widerständen zum Trotz am Deutschlandtreffen in Berlin teilnehmen. Ich bin überzeugt davon, daß diese zehntausende Jungen und Mädchen Westdeutschlands zehntausende Kämpfer des Gedankens der einheitlichen Deutschen Demokratischen Republik und damit Kämpfer für den Frieden im Rahmen der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands sein werden.

Darum rüstet zum Deutschlandtreffen nach Berlin.

Seid bereit im Kampf für eine einheitliche Deutsche Demokratische Republik.

Das Lied der blauen Fahne

Text: Joh. R. Becher
Musik: Hanns Eisler

Gewidmet der Freien Deutschen Jugend zum Deutschlandtreffen

Frisches Marschtempo

Auf den Straßen, auf den Bahnen
seht ihr Deutschlands Jugend ziehn.
Hoch im Blau-en flie-gen

Fahnen, blau-e Fahnen,
noch Ber-lin. Links und links
und Schritt ge-halten, laßt uns in der

Reihe gehn. Unsre Fahnen sich ent-fal-ten,
um im Sturm vor-an-zu-wehn.

Auf den Straßen, auf den Bahnen
seht ihr Deutschlands Jugend ziehn.
Hoch im Blauen fliegen Fahnen,
blaue Fahnen nach Berlin.

Hebt die Fahnen, laßt sie schweben,
singt ein neues Fahnenlied.
Wir sind Deutschlands neues Leben
und der Friede mit uns zieht.

Aus dem Blauen strahlt die Sonne
und sie leuchtet Deutschland, dir.
Links und links singt die Kolonne,
Freie Deutsche Jugend, wir.

Links und links und Schritt gehalten,
laßt uns in der Reihe gehn.
Unsre Fahnen sich entfalten,
um im Sturm voranzuziehen.

Macht des Friedens, du wirst siegen,
ziehest in alle Herzen ein.
blaue Fahnen werden fliegen
noch im blauen Himmelschein.

Laßt uns neu die Heimat bauen,
laßt uns fest zusammenstehn.
Blaue Fahnen hoch im Blauen
werden über Deutschland wehn.

Alle Kriegspläne können verhindert werden

Dr. Adenauer und die in der „Brüderschaft“ Manteuffels zusammengeschlossenen Generale arbeiten heute an der Remilitarisierung Westdeutschlands, weil die amerikanischen und deutschen Bankherren und Großkapitalisten die deutsche Jugend in den Krieg gegen die Sowjetunion, gegen die volksdemokratischen Länder und selbst gegen unsere Brüder in der Deutschen Demokratischen Republik schicken wollen.

Von dieser Kundgebung aus möchte ich der gesamten deutschen Jugend sagen: es fährt kein Panzer, es wirft kein Flugzeug seine todbringende Last über Städte und Dörfer, es wird kein einziger Schuß gelöst, es marschiert kein Soldat in einen neuen Krieg, wenn die Völker und vor allen wenn die Jugend in allen Ländern dieses nicht wollen. Vor allen Dingen trägt darum die deutsche Jugend eine hohe Verantwortung. Wenn die deutsche Jugend, vor allen wenn die Jungen und Mädchen in Westdeutschland den Frieden wollen und bereit sind, für ihn zu kämpfen, dann kommen alle Kriegspläne des anglo-amerikanischen und des deutschen Imperialismus zum Scheitern.

Ebenso wie die Werber und Agenten für die französische Fremdenlegion die wirtschaftliche Notlage vieler Jugendlicher ausnutzen, so gedenken die preußischen Militaristen, die Herren an Rhein und Ruhr und ihre Adenauer-Regierung, die Notlage der Jugend und die Arbeitslosigkeit für die Durchführung der Remilitarisierung auszunutzen. Wir haben in Westdeutschland bereits mehr als 2 Millionen Arbeitslose. Ein erheblicher Prozentsatz davon sind Jugendliche. Die Arbeitslosigkeit ist bewußt durch die Wirtschaftspolitik der Adenauer-Regierung herbeigeführt. Das wird bewiesen durch die Tatsache, daß nach einer geheimen Denkschrift der Regierung an das Marschallplan-Komitee in Paris die Adenauer-Regierung für den 1. Juni 1951 mit ca. 1 800 000 Arbeitslose rechnete.

Die Arbeitslosigkeit ist für die Regierung Adenauer und für ihre Herren ein Mittel, um den Lohn der Arbeiter noch weiter zu

erniedrigen, gemäß den Befehlen der Bankherren der Wallstreet, die in einem Schreiben über die Wirtschaftspolitik der Adenauer-Regierung ganz offen erklärten, daß die Bevölkerung Westdeutschlands noch zu gut lebe.

Zum anderen sollen die durch die Arbeitslosigkeit und ihre wirtschaftliche Notlage zur Verzweiflung gebrachten jungen Menschen mit Hilfe von „Jugendaufbauwerk“ und „Freiwilligen Arbeitsdienst“ für das Rekrutieren unter anglo-amerikanischem Oberbefehl vorbereitet werden.

Das also ist das Schicksal, das die in Westdeutschland herrschenden Reaktionäre und ihre anglo-amerikanischen Auftraggeber der deutschen Jugend zugeordnet haben. Es ist das Schicksal in den Massengräbern des dritten Weltkrieges zu enden oder zu Krüppeln zerschossen zu werden. Dagegen ist der deutschen Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik der Weg in eine bessere Zukunft geöffnet. In der Deutschen Demokratischen Republik gibt es keine Arbeitslosen, kann sich jeder Junge und jedes Mädchen nach ihren Fähigkeiten entwickeln. Durch die Einrichtung des Arbeiter- und Bauernstudiums erhält der junge Arbeiter, der junge Bauer die Möglichkeit, die Universität zu besuchen und dort im Interesse des friedlichen Aufbaus sich alle Kenntnisse anzueignen. Wäh-z. B. an der Universität Hamburg nur zwei Prozent der Studenten Arbeiter oder Bauernkinder sind, sind in der Deutschen Demokratischen Republik 34 Prozent aller Studenten aus der Arbeiterklasse oder aus der Bauernschaft.

Die Jugend besitzt auf allen Gebieten des Lebens volle Gleichberechtigung und volles Mitbestimmungsrecht. Dort ist für den jungen Menschen der Grundsatz, gleicher Lohn für gleiche Arbeit verwirklicht.

Die Jugend steht in der vordersten Front beim friedlichen Aufbau der neuen, dem Volke gehörenden Wirtschaft. In diesem Aufbau bricht sie alle aus der Vergangenheit übernommenen Arbeitsmethoden und

Blick ins kulturelle Leben

Plälzische Musik, Malerei und Graphik

Curt Gebhards Orchesterkonzert

Mit einer Uraufführung „Konzert für zwei Orchester“ stellte sich in der städtischen Morgenveranstaltung des Nationaltheaters der Ludwigshafener Komponist Curt Gebhardt vor. Dem Vernehmen nach ist er ein Schüler von Franz Schrecker.

Das vor 16 Jahren komponierte, in fünf Sätzen sich gliedernde Werk, darf formal als Suite bezeichnet werden. Vom ersten pathetisch-geprägten, außerordentlich eindringlichen Satz, spannt sich der Bogen über drei an Einfällen dünner werdende Sätze bis zum gekonnten fünften, der ein raffiniertes Abklingen der Spannung am Ende bringt.

Gebhardt „konfrontiert“ hier Bläser und Streicher, stellt sie durch effektvolle Gruppierung in zwei selbständige Orchester, sich gegenüber und erzielt bei aller Ausnutzung moderner Orchestertechnik starke Resonanz beim Zuhörer. Das interessante Werk, von Erich Riede musikalisch betreut, fand warmen Beifall, den der persönlich anwesende Komponist entgegennehmen durfte.

Es ist sehr erfreulich, daß das Nationaltheater und seine Musikalische Akademie das Mannheimer Musikleben durch Werke neuer Komponisten aktiviert. Um so unverständlicher bleibt es daher, daß auf dem Gebiet des Schauspiels sich keine neuen Impulse durch Aufführung von Stücken fortschrittlicher Autoren regen.

Rolf Müller und Rudolf Scharpf

Die Kunstgalerie birgt gegenwärtig eine Schau von Gemälden des Landauer Malers Rolf Müller, ferner eine Kollektion graphischer Blätter des Ludwigshafener Künstlers Rudolf Scharpf, die vielleicht mit einem Beitrag bilden zur Deutung dessen, was in der bürgerlichen Welt als „moderne Kunst“ bezeichnet wird.

Tierkompositionen, die sich vom Gegenständlichen entfernen (Stern der Fische) und

ein Ringen um Gestaltung, das ihn in die Bezirke des religiös-spekulativen führt und zum passiven Träumer stempelt (Allerheiligen), zeigt Rolf Müller bei einer spürbaren Beeinflussung durch Chagall. Spannung der Farben und damit ziemliche Bildkraft erreicht er in den lothringischen Bildern, die sein Herkommen vom Kubismus verraten.

Rudolf Scharpf entwickelt sein graphisches Können, bei einem starken Reichtum an Einfällen, gleichfalls zu abstrakter Gestaltung. Die menschliche Schwäche ist der Gegenstand seiner Betrachtungen, interessant und abstoßend zugleich. Der Künstler wurde unlängst in München durch einen Preis ausgezeichnet.

Abstrakte Kunst ist volkstümlich. Je mehr der Künstler von der Wirklichkeit des Lebens, von der realistischen Darstellung seiner Erscheinungsformen sich entfernt und abstrakten Formen verfällt, desto mehr wird seine Kunst lebensfremd, was ein Symptom des Verfalls ist!

Heidelberg hat 118509 Einwohner

Heidelberg. Im letzten Vierteljahr 1949 belief sich nach Feststellung des Statistischen Amtes die Einwohnerzahl Heidelbergs auf 118.509, darunter 52.949 männliche und 65.560 weibliche Einwohner. Es gibt also 12.61 Frauen und Mädchen mehr als Vertreter des männlichen Geschlechts. Bei dieser Zahl der Gesamteinwohner sind 19.876 Neubürger erfasst und außerdem 2.766 polizeilich gemeldete Ausländer.

Symphonie-Konzert des Städt. Orchesters

Heidelberg. Am 6. März findet um 20 Uhr in der Stadthalle unter Leitung von Ewald Lindemann das 6. Symphonie-Konzert des Städtischen Orchesters statt. Es kommen Werke von Paul Hindemith, Robert

Schumann und Ludwig van Beethoven zur Aufführung, wobei als Solist der berühmte französische Cellist Paul Tortelier gewonnen werden konnte.

Schlägerei zwischen einem Amerikaner und einem deutschen Polizisten

Stuttgart. (Iwb) In einem Lokal in Stuttgart-Degerloch kam es am Samstag zu einer Schlägerei zwischen einem deutschen Polizisten und einem amerikanischen Soldaten. Der Polizist, der von einem Kollegen begleitet war, hatte das Lokal betreten, um die Militärpolizei telefonisch davon zu verständigen, daß sich mehrere Amerikaner in dem Lokal herumschlugen.

Beim Herausgehen wurde der Polizist von einem Amerikaner ins Gesicht geschlagen. Im Verlauf der sich entwickelnden Auseinandersetzung schlug der Deutsche den Amerikaner mit dem Polizeiknüppel nieder. Der Amerikaner wurde von der Militärpolizei festgenommen, da er auf Grund von Zeugenaussagen die Auseinandersetzung herbeigeführt haben soll.

Amerikanischer Soldat wegen Belästigung eines deutschen Mädchens verurteilt

Heidelberg. (Iwb) Ein amerikanisches Gericht in Heidelberg verurteilte dieser Tage einen amerikanischen Soldaten wegen unzüchtlicher Belästigung eines deutschen Mädchens zu sechs Monaten Zwangsarbeit, 480 Dollar Geldstrafe und Entlassung aus der Armee. Der Verurteilte war außerdem der unerlaubten Entfernung von seiner Einheit für schuldig befunden worden.

Verkehrsunfall fordert zwei Menschenleben

Karlsruhe. (Iwb) In Karlsruhe wurden über das Wochenende zwei Frauen von einer Zugmaschine überfahren und tödlich verletzt. Nach den Ermittlungen der Polizei ist der Unfall darauf zurückzuführen, daß die Bremsen der Zugmaschine versagten.

Erdrutsch in der Stuttgarter Königstraße

Stuttgart. (Iwb) In der Oberen Königstraße in Stuttgart brach am Montagabend ein zwei Meter breiter und zehn Meter langer Streifen des Gehsteigs ein und stürzte in eine acht Meter tiefe Baugrube. Personen kamen nicht zu Schaden.

Jeder junge Deutsche fährt zum Deutschlandtreffen

Stuttgart. (Iwb) In der Oberen Königstraße in Stuttgart brach am Montagabend ein zwei Meter breiter und zehn Meter langer Streifen des Gehsteigs ein und stürzte in eine acht Meter tiefe Baugrube. Personen kamen nicht zu Schaden.

Aus dem Parteileben

Versammlungen der KPD, Kreis Mannheim

Stadtteil Innen-West, Mittwoch, 1. März, 19.30 Uhr im Lokal „Stadt Heilbronn“ (Fertig), Holzstraße 18, Funktionärsitzung.

Neckarstadt-West, Funktionärsitzung am Donnerstag, 2. März, 19 Uhr. Lokal: „Goldene Schlange“, Mittelstraße.

Käfertal, Mittwoch, 1. März, 19.30 Uhr. Baracke, Funktionärsitzung.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Kneilingen. Am Mittwoch, den 1. 3. 1950 um 20 Uhr in der „Rose“ Mitgliederversammlung.

Jöhlingen. Am Donnerstag, den 2. 3. 1950 um 20 Uhr bei Strobel Mitgliederversammlung. Referent: E. Weingärtner.

Wässingen. Am Donnerstag, den 2. 3. 1950 um 20 Uhr in der „Linde“ Mitgliederversammlung. Referent: L. Hofmann.

Berghausen. Am Donnerstag, den 2. 3. 1950 um 20 Uhr bei Schrod Mitgliederversammlung. Referent: B. Riedinger.

Aus Söllingen

Söllingen. Es ist ein sehr erfreuliches Zeichen, daß in letzter Zeit zahlreiche Bauge-suche zur Vorlage kamen. Auch in der letzten Gemeinderatssitzung wurden wiederum 3 Gesuche befürwortet. — Für drei Baulandbesitzer von hiesigen Baulandbesitzern übernahm die Gemeinde die Ausfallbürgschaft.

Auf das neuerliche Gesuch der Sportvereinigung wird derselben von der gemeinde-eigenen Wiese neben dem Klubhaus ein Geländestreifen zur Erweiterung ihres Vereinshauses überlassen.

Gegen die von der Gemeinde Singen beabsichtigte Verlegung der Söllinger Wasserleitung im Ortsteil Singen hat die Gemeinde keine Einwände, wenn die Verlegung ordnungsgemäß auf Kosten der Gemeinde Singen vorgenommen wird. Die Verlegung wird notwendig, weil 2 Baulustige auf Gemarkung Singen in der Nähe der Wasserrohre Neubauten errichten wollen.

Da im Laufe des Jahres an der verlängerten Schillerstraße zwei Neubauten erstellt werden, soll die Straße in halber Breite bis zu den Neubauten verlängert werden. Die Kosten hierfür werden im neuen Haushaltsplan eingestellt.

Bretten. Am Donnerstag, den 2. 3. um 20 Uhr im „Lamm“ Mitgliederversammlung. Referent: A. Betz.

Karlsruhe-Südwest. Am Donnerstag, den 2. 3. 1950 um 20 Uhr im Schrempfchen Bierkeller Mitgliederversammlung.

Karlsruhe-Mühlburg. Am Freitag, 3. 3. 50, um 20 Uhr, in der „Brunnenstube“ Mitgliederversammlung. Referent: H. Kellar.

Karlsruhe-Oststadt. Am Freitag, 3. 3. 50, um 20 Uhr, im „Georg Friedrich“ Mitgliederversammlung. Thema bei allen Mitgliederversammlungen: Diskussion zur Resolution des Parteivorstandes.

Veranstaltungen der KPD Heidelberg

Heidelberg-Bergheim. Am Mittwoch, den 1. 3. 1950 um 20 Uhr Mitgliederversammlung.

Eppeleim. Am Mittwoch, den 1. 3. 1950 um 20 Uhr in der „Platz“ Mitgliederversammlung. Referent: Sophie Berlinghof.

Meckesheim. Am Donnerstag, den 2. 3. 1950 um 20 Uhr Mitgliederversammlung. Referent: H. Holle.

Baieral. Am Donnerstag, den 2. 3. 1950 um 20 Uhr Mitgliederversammlung. Referent: H. Gieser.

Walldorf. Am Donnerstag, den 2. 3. 1950 um 20 Uhr Mitgliederversammlung. Referent: K. Noe.

Thema bei allen Mitglieder-Versammlungen: Die Resolution der PV.

Heidelberg-Mittelstadt. Freitag, 3. 3. 50, um 20 Uhr, „Neckarstadt“ außerordentliche Mitgliederversammlung.

Galberg. Am Freitag, 3. 3. 50, um 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent: H. Gieser.

Handshausheim. Am Freitag, 3. 3. 50, um 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent: K. Noe.

St. Ilgen. Am Freitag, 3. 3. 50, um 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent: H. Holle.

Thema bei allen Mitgliederversammlungen: Die Resolution der 14. Tagung des PV.

Veranstaltungen der KPD Pforzheim

Schulungabend. Am Mittwoch, 1. 3. 50, um 20 Uhr, im Parteibüro. Referent: Gen. Schneider. Thema: „Klassen und Klassenkampf“.

Stadteil Süd. Am Donnerstag, 2. 3. 50, um 20 Uhr im Parteibüro Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Bachmann. Thema: „Die ideologische Festigung der Partei“.

Guter Erfolg des Käufer-Wettbewerbes

Karlsruhe. Unser Käufer-Wettbewerb ist abgeschlossen. Die Beteiligung unserer Leser war über Erwarten gut. Sie hat gezeigt, daß unsere Leser bei ihren Einkäufen ausschließlich unsere Inserenten berücksichtigen. Wir werden darum bald unsere Anerkennung durch einen neuen Wettbewerb zum Ausdruck bringen.

Von den bei unserer Vertriebsstelle eingegangenen 4834 Einkaufs-Bescheinigungen wurden folgende Gewinne ermittelt:

Gewinne	Gewinner	Firmen, bei den Waren in Höhe des Gewinnes gekauft werden können
1. Preis: 50.— DM	Frau Irma Zöllner, Klauerecht 33	Trost (Billiges Warenhaus) Adlerstraße
2. Preis: 30.— DM	Frau Schlimmer	Erbs, Textil, Kaiserstraße
3. Preis: 20.— DM	Frau Schmitteckert, Stoßerstr. 10	Hölscher, Kauflhaus
4. Preis: 10.— DM	Frau Graf, Bismarck-Straße	Klaiber, Bekleidung, Kaiserstr.
5. Preis: 10.— DM	Frau Kempf, Wilhelm-Straße	Betten-Becker, Kaiserstraße
6. Preis: 10.— DM	Herr Aschinger, Geranienstr. 9	Leipheimer & Mende, Kaiserstr.
7. Preis: 10.— DM	Frau Schafner, York-Straße 12	Schöpf, Modehaus
8. Preis: 10.— DM	Herr Willi Opel, Daxlanden	wieder am Marktplatz
9. Preis: 5.— DM	Frau Schlimmer, Gerwigstr. 54	Hammer & Helbling, Zähringerstraße
10. Preis: 5.— DM	Familie Kappeler	Trost (Billiges Warenhaus) Adlerstraße
11. Preis: 5.— DM	Herr König, York-Straße 12	Kaufhaus Union
12. Preis: 5.— DM	Familie Morlock, Durlach, Seeboldstraße 30	Offenbacher Lederwaren (bei der kleinen Kirche)
13. Preis: 5.— DM	Herr Klausmann, Südenstr. 31	Schuhhaus Rief, Kaiserstraße
14. Preis: 5.— DM	Herr Obert, Scharnhorst-Straße 49	Heitlage, Bekleidung, Kaiserstr.
15. Preis: 5.— DM	Frau Wolf, Seidlitz-Straße	Hertenstein, Erbprinzenstraße
16. Preis: 5.— DM	Herr Edgar Weber, Feldblumenweg 4	Kaufhaus Hölscher, Kaiserstr.
17. Preis: 5.— DM	Herr Aschinger, Geranienstr. 9	Kaufhaus Schneider, Kaiserstr.
18. Preis: 5.— DM	Herr Otto Frey, Bahnhofstr. 32	Woll-Kley, Ludwigswilplatz
19. Preis: 5.— DM	Lothar Müller, Akademiestr. 41	L. Bardusch, Wäscherei und Färberei
		Kaffee-Rösterei Kissel, Kaiserstr.

Die Verlosung erfolgte unter Ausschluß des Rechtsweges.

Die Gewinne müssen bis zum 15. März 1950, in unserer Vertriebsstelle, Amalienstraße 69, abgeholt werden.

Beachten Sie auch künftig unseren Anzeigenteil. Es wird für Sie bei der nächsten Verlosung nur von Vorteil sein.

10 Oberligavereine wollen auf 2 Plätze

Mannheim, Stuttgart, Frankfurt, Offenbach, Nürnberg, Karlsruhe und München im Endkampf

Nachdem der Spielausschuß des DFB sich hat überreden lassen, die Austragung der deutschen Fußball-Meisterschaft 1950 doch wieder nach dem Pokalsystem mit 16 Teilnehmern auszutragen und der süddeutschen Oberliga hierbei drei Teilnehmer zugebilligt wurden, werden nun auch der zweite und dritte Platz in der endgültigen Tabellen-Rangordnung von großer Bedeutung sein. Man kann sogar sagen, daß der Kampf um diese Plätze dem Rennen in der süddeutschen Oberliga erst die unerhörte Spannung verleihen werden, nachdem die Meisterschaft wohl bereits endgültig zugunsten der Fürther entschieden sein dürfte. Gewiß bedeutet ein Vorsprung von 5 Punkten, den die Fürther jetzt noch haben, keine unbedingte Sicherheit, er bedeutet aber sehr viel angesichts der Tatsache, daß das gute halbe Dutzend von gleichstarken Verfolgern der Fürther sich in dem erbitterten Rennen um die nächsten Plätze gegenseitig so hart zu-

setzen wird, daß der Tabellenführer bis ins Ziel von diesem Vorsprung zehren kann. Nur wenn die Fürther einen wahren Zusammenbruch erleben sollten oder einer ihrer Verfolger sich überlegen von dem übrigen Feld löst, könnte den Fürthern die Meisterschaft noch verloren gehen. Unter den ersten Drei wären sie aber auf jeden Fall.

Zehn können noch hoffen

Für die zwei Plätze hinter Fürth gibt es zur Zeit noch elf Anwärter. Nur die letzten Vier der Tabelle, von Schweinfurt ab gerechnet, kommen nicht mehr in Frage. Natürlich sind die Aussichten der 11 Anwärter nicht alle gleich gut und wir müssen bei einer näheren Untersuchung verschiedene Erfordernisse zugrunde legen: 1. Jetziger Tabellenstand, 2. Verlustpunkte auf eigenem Platz, 3. Gewinnpunkte in Auswärtsspielen, 4. Verhältnis von Heimspielen und Auswärtsspielen in den noch ausstehenden Kämpfen, 5. Stärke der Gegner in diesen Spielen und 6. derzeitige Spielstärke und Kondition der Mannschaften. Bei Punktgleichheit wäre noch das Torverhältnis zu prüfen.

Die augenblickliche Tabellen-Rangordnung mit dem VfR als Zweitem stimmt nicht ganz, denn Waldhof, VfB Stuttgart und Offenbach stehen mit je 17 Verlustpunkten am besten. Es folgen VfR und der FSV Frankfurt mit je 18 Verlustpunkten, 1860 München und Eintracht Frankfurt mit 19 und BC Augsburg 20, Mühlburg, Nürnberg, Bayern München mit je 22 Verlustpunkten.

Verlustpunkte daheim und Gewinnpunkte auswärts

Den BC Augsburg können wir wohl aus der engeren Wahl ausschließen und dann bleiben noch Mannheim, Frankfurt, München mit je zwei Vertretern, und Stuttgart, Offenbach, Nürnberg und Karlsruhe-Mühlburg mit je einem Bewerber um den 2. oder 3. Tabellenplatz. Die solide Grundlage für eine gute Platzierung ist natürlich möglichst reuloser Punktgewinn bei den Heimspielen. In dieser Beziehung gebührt Offenbach den Vorrang, denn sie haben daheim nur 3 Punkte eingebüßt. Es folgen VfB Stuttgart (4), Waldhof, FSV Frankfurt, Bayern München, 1860 München (je 5), und VfR Mannheim (7), I. FC Nürnberg (8), Eintracht und Mühlburg (je 9). Bemerkenswert ist hierbei der schlechte Stand des VfR im Vergleich zum Vorjahre.

Mannheim hat die besten Chancen

Wenn wir das Ergebnis unserer Untersuchungen zusammenfassen, so hat „städte-mäßige“ betrachtet der „Stall Mannheim“ mit zwei so günstig im Rennen liegenden und starken Vertretern die besten Aussichten auf einen der Plätze hinter Fürth. Dann käme Frankfurt mit ebenfalls zwei Vertretern und weiter Stuttgart oder Offenbach. Sehr wahrscheinlich werden die Lokaltreffen am 12. März in Mannheim, Frankfurt, Stuttgart, Nürnberg und unter Umständen auch München entscheidende Bedeutung gewinnen. Das gilt besonders für die beiden Lokaltreffen in Mannheim und Frankfurt, wo die Platzvereine Waldhof und Eintracht ihre günstigen Aussichten nur durch vollen Punktgewinn im Lokaltreffen sich erhalten könnten. Im Falle von Punkteteilungen in den Lokaltreffen wären vor allem die Offenbacher Kickers lachender Dritter. Auch eine Fortdauer der Resenperiode dürfte manchem Favoriten das Konzept verderben.

Hans ist erkältet



Inge hat sich den Magen verdorben und Vater klagt über Rheuma. — Da muß Mutter trotz Kopfweh und Nervenschmerzen auf dem Posten sein. Was tut sie? Sie greift zum Klosterfrau-Melissengeist! Der hat in ihrer Familie seit Generationen bei all diesen Beschwerden immer wieder rasch geholfen. Mutter schwört auf ihren Klosterfrau-Melissengeist und rät allen, ihn stets griffbereit im Hause zu haben. Der echte Klosterfrau-Melissengeist in der blauen Packung mit den 3 Noppen ist ab 1,45 DM in allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

Betr.: Rotes Kreuz Suchdienst

Wir suchen einen ehem. Uffz. Emil Walter, F.P.-Nummer L 01962. Soll in Mannheim am Brückenaufgang gewohnt haben, falls dieser noch nicht zu Hause, bitte um Meldung der Angehörigen.

Wir suchen ehemalige Kameraden des Gefr. Vinzenz Fährndrich, geb. 19. 10. 1907, F.P.-Nummer 23 885 A.

Wir suchen die Angehörigen eines Meyer? Michael Viktor Meier, etwa 40 bis 45 Jahre alt, war im Lager 7027/C in Kurakino, welcher in Mannheim-Waldhof im Hause eines Fleischermeisters gewohnt haben soll. M. war Ingenieur und sprach gut russisch.

Wir suchen die Angehörigen eines Scharpf oder Scherpf, die Tante soll in Mannheim in der Alphonstraße ein Lebensmittelgeschäft gehabt haben.

FILMTHEATER

Ein Erlebnis großer Schauspielkunst! **Jana Wyman** in **„Schweigende Lippen“**
Beginn: 14.00, 16.00, 18.15 und 20.30 Uhr

Vorzugspreise ab Freitag! **Rita Hayworth** in dem Film, der ihren Welttrium begründete **„GILDA“**

Nur noch bis Donnerstag! Martene Dietrich, Randolph Scott, **„Die Freibeuterin“**
Beginn: 14.00, 16.30, 19.00 und 21.00 Uhr

Am Neßplatz Telefon 511 86
Vorzugspreise ab Freitag! **Allan Ladd** und **Veronika Lake** in: **„Die Schmutzguldr von Saigon“**

Donnerstag letzter Tag! **„König der Dschungel“**
Beginn: 13.45, 15.45, 17.45, 20.00 Uhr

Breite Str. 11, 6 Telefon 446 35
Infolge der großen Nachfrage heute und morgen je 2 Sondervorstellungen vorm. 10.00 u. 11.45 sowie Spätvorst. 22 Uhr: **Der Rächer von Texas**

Vorzugspreise ab Freitag! **Wagemut, Sensation und Humor** wie nach Karl May in **„Goldgräber“** mit **Chips Rafferty u. v. a.** in deutscher Sprache

D-Zug-Messe

in Mannheim vom 1.-5. März

Besuchen Sie unseren Stand im **Wagen Nr. 9**

Willst Du **schöne Baden haben** Nimm nur **Loba** mit dem Raben

Zur ersten heiligen Kommunion

Kerzen u. Kerzenschmuck, Kopfkranzchen u. Rosenkränze in Etui, Magnifikat u. Chet in Leinen u. Leder. Bei Anzahlung werden alle Gegenstände bis Kauf zurückgelegt.

Christliche Kunst **M. Wehrle**
J 2, 1 Tel. 535 18

Suchdienst: Rotes Kreuz

Wir suchen die Angehörigen eines **Hans Lindner**, 35 Jahre alt, Feldpost-Nr. 01962, Oberschirmmeister aus Mannheim. Die Angehörigen eines **Ernst Messmer**, Obergreifer, etwa 39 Jahre alt, die in Hockenheim wohnen sollen. Messmer soll früher in Singen Htw. gewohnt haben. Wer kann Auskunft geben über die Familie **Oberstudierendirektor Sehmendorf** aus Stallupönen (Ostpreußen.)